

BETTeln

EINE HERAUSFORDERUNG



INTERVIEW

„Wer über Geld verfügt  
bleibt kein Fremder.“

S. 04

THEMA

Armutsmigration ist kein Fall  
für die innere Sicherheit

S. 06

THEMA

Ökonomie der Armut

S. 08

THEMA

Begegnungen auf Augenhöhe

S. 10

Das Friedensbüro Salzburg beschäftigt sich bereits seit rund zwei Jahren mit dem Thema „Betteln“. Das Resultat dieser – keineswegs abgeschlossenen – Auseinandersetzung ist die Tagung „Betteln. Eine Herausforderung“. Wir alle sind in der Diskussion, in der täglichen Begegnung mit Bettlerinnen und Bettlern in vielerlei Hinsicht „gefordert“: Soll man ihnen etwas geben oder nicht? Kann mir das auch passieren? Wie reagiert man „richtig“? Gibt es hier „richtig“ und „falsch“ überhaupt? Welche Geschichten stecken hinter den Gesichtern und Händen, die sich uns auf unseren alltäglichen Wegen entgegenstrecken? Diese Ausgabe des KRANICH besteht aus Beiträgen von Referentinnen und Referenten, die uns während der Tagung begleiten und Denkanstöße zu den vielfältigen Facetten des Themas geben werden. Schnell werden Sie schon während der Lektüre merken, dass es nicht um „richtig“ oder „falsch“ geht, sondern vor allem um das WER? und das WARUM?

Die Redaktion

## INHALT

- 02 **Kommentar**

---

- 03 **Kurz & Bündig**

---

- 04 **„Wer über Geld verfügt bleibt kein Fremder.“**

---

- 06 **Armutsmigration ist kein Fall für die innere Sicherheit**

---

- 08 **Ökonomie der Armut: Wie man im Slum überlebt**

---

- 09 **Armutsmigration**

---

- 10 **Begegnungen auf Augenhöhe**

---

- 12 **ArmutsmigrantInnen Basale Versorgung und Beratung**

---

- 14 **Veranstaltungen**

## KONTAKT BOX

**So können Sie uns erreichen:**

**Friedensbüro Salzburg**

**Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg**

tel/fax: 0662/87 39 31

e-mail: [office@friedensbuero.at](mailto:office@friedensbuero.at)

**[www.friedensbuero.at](http://www.friedensbuero.at)**

Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,

BLZ 20404, Konto-Nr. 17434

**Öffnungszeiten:**

Mo&Mi: 9–11 Uhr • Di&Do: 15–18 Uhr

## IMPRESSUM

**DER KRANICH**

Nr. 02/2014

**An der Erstellung dieser Ausgabe haben mitgewirkt:** Maria Anastassopoulou, Robert Buggler, Hans Peter Graß, Kathrin Quatember, Desirée Summerer, Gisela Tonis, Christa Wieland.

**Layout:** Kathrin Quatember

**Grafisches Grundkonzept:** Eric Pratter

**Fotos:** Joachim Bergauer. DarstellerInnen: Maria Pilmaiquen Jenny, Claire Lefèvre, Mzamo Nondlwana, Balazs Posgay. Fotoprojekt in Kooperation mit Apropos und ARGEkultur.

**Robert Buggler**, Sprecher der Salzburger Armutskonferenz und Mitglied des Friedensbüro-Beirats



## Betteln – Eine Herausforderung

„Beim Weg in die Altstadt musste ich an insgesamt acht Bettlern vorbei. Das war dann sogar für mich zu viel“, meinte eine ehrenamtlich Tätige im Rahmen einer Diskussion zum Thema Betteln. Der Gang durch die Altstadt – eine Herausforderung! „Auch wenn ich mit meiner Mama durch die Stadt gehe und an Bettlern vorbeikomme, habe ich irgendwie Angst“, erzählte mir eine Neunjährige bei einem Workshop in einer Salzburger Volksschule. Fremde Menschen in eigenwilligen Posen – eine Herausforderung! „Salzburg. Stadt der organisierten Bettelbanden“ affizierte die Salzburger Volkspartei im abgelaufenen Wahlkampf. Die Sozialdemokratie wiederum verzichtete, am Thema allzu sehr anzustreifen. Und tut sich mit einer Positionierung nach wie vor schwer. Eine seriöse und sachliche politische Debatte – eine Herausforderung! „Als ich einem Bettler etwas gegeben habe, hat mich ein Passant wüst beschimpft. Ob ich nicht wisse, dass man denen nichts geben soll?“, erzählte eine ältere Frau bei einem Vortrag. Almosen geben – eine Herausforderung! „Geschäftsleute wissen oftmals nicht, wie sie mit den Menschen, die vor ihrer Türe sitzen, umgehen sollen. Zwischen Mitleid und Aggression ist da alles drinnen“, berichtet die Geschäftsführerin des Salzburger Altstadtverbandes. Zusammenleben im öffentlichen Raum – eine Herausforderung!

Seit Jahrhunderten wiederholt sich Ähnliches: Wenn Menschen ihre Heimat verlassen, in die Ferne ziehen, mit Betteln versuchen, ihre Situation zu verbessern, das Stadtbild von Kommunen ändern und Armut sichtbar machen, sind ähnliche Reaktionsmuster zu beobachten. Antworten, die sich seit jeher zwischen sozialer Hilfe und Restriktion, zwischen Sozial- und Ordnungspolitik, zwischen Mitleid und Aggression, zwischen rosa Brille und Sündenbock bewegen. Kurz: Zwischen Hinschauen und Wegschauen. Das ist, mit Blick auf die politischen Debatten, die mediale Berichterstattung, die Diskussionen in sozialen Netzwerken auch hier und heute nicht anders.

Zwei riesige Herausforderungen stellen sich dabei für Städte und Kommunen, auch für Salzburg. Zum Einen: Es braucht ein Anerkennen, ein Realisieren, ein sich damit Abfinden, dass Bettlerinnen und Bettler auch in Zukunft das Stadtbild in Salzburg prägen werden. So sehr der Verweis auf „die EU“ wichtig und richtig ist – mit Blick auf die gewaltigen Herausforderungen, die sich in den Herkunftsländern stellen, scheint erstrebenswert, im Rahmen von Generationen eine nachhaltige Lösung zu versprechen. Das heißt, es geht um die Problemwahrnehmung. Und anschließend um die Frage, was ist zu tun. Basisversorgung sichern? Ängsten und Unsicherheiten begegnen? Zusammenleben im öffentlichen Raum gestalten? Da geht es um Problemlösung. Ich denke, die Zeit in Salzburg ist reif, beide Herausforderungen nachhaltig anzugehen. Die Tagung und die Folgeveranstaltung werden dazu beitragen! Und Sie?

*Robert Buggler*

# Kurz & Bündig

## Schreckgespenst EU

Ende Mai wird in den 28 EU-Mitgliedsländern das Europäische Parlament neu gewählt. Die Wahlforschungen im Vorfeld dazu lassen vermuten, dass erstens die Wahlbeteiligung keine hohe sein wird und zweitens die EU-skeptischen Fraktionen stärker aus der Wahl hervorgehen werden. Über das Ausmaß und die Bedrohlichkeit dieser Stimmzugewinne der „Anti-EuropäerInnen“, die nicht in ein klares Schema wie rechts-links einzuordnen sind, gibt es nur vage Prognosen.

Was die Anti-EU-Stimmung ausmacht ist jedoch ziemlich auf der Hand liegend. Einerseits besteht immer noch großes Unwissen über deren Strukturen. So wird die EU oft als eine weit entfernte Instanz dargestellt, die über uns kleine Nation ohne unseren Einfluss herrscht. Weiters kommen noch Ängste vor dem Verlust der nationalen Identität oder Handlungssouveränität dazu – auch vom Verdrängen nationaler Kultur ist immer wieder die Rede. Daneben gesellen sich die Ängste über eine Massenzuwanderung von Armen aus Südosteuropa, etc. Dass diese Ängste nicht nur von den „üblichen Rechten“, sondern auch von gängigen Medien und Politik das restliche Jahr kontinuierlich geschürt werden, zeigt schon, dass es nicht Ziel allein sein kann, gegen die populistischen Parteien vorzugehen. Was es braucht, ist das Leben einer transnationalen Gesellschaft, im Sinne einer Bejahung der kulturellen Vielfalt, eine Vergemeinschaftung über nationale Grenzen hinaus – und zwar nicht vorrangig ökonomisch – sowie die ständige kritische Haltung gegenüber jeglicher Form von Regierung und der Mut zur Mitbestimmung von Seiten einer politischen Zivilgesellschaft. DS

## Die Ukraine besser verstehen

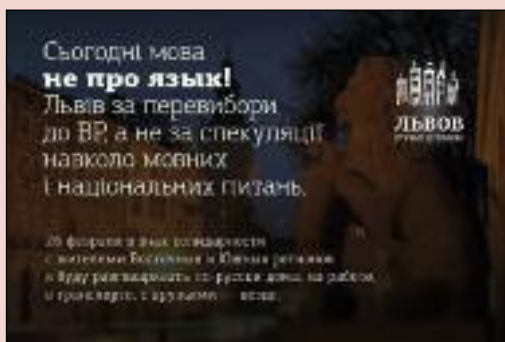
Der Lieblingssport politischer KommentatorInnen ist schon seit geraumer Zeit die Erklärung politischer Vorgänge entlang

ethnischer Zuschreibungen. Da gibt es die „westlichen, demokratischen, modernen Ukrainer“ und die „sowjet-nostalgischen, antidemokratischen Russen“, wobei die Zuschreibungen austauschbar wären. Mariya Donska hat in ihrem Vortrag „Die Ukraine besser verstehen“ in der Robert-Jungk-Bibliothek eine erfrischend andere Sicht eingebracht. Die ukrainische Staatsbürgerin und russischsprachige Literaturwissenschaftlerin sieht sich als Teil des zivilgesellschaftlichen Widerstands, den sie mit den Worten der Historikerin Anna Veronika Wendland als „eine Form von Vergesellschaftung, in der kein ethnozentrischer Nationalmythos mehr Menschen ausgrenzt“ beschreibt. „Weil in diesen Ereignissen eben nicht die Vorstellung einer 19.-Jahrhundert-Nation, oder der Einfluss des Westens eine Rolle spielt, sondern die Idee und Willensäußerung einer neuen Generation von Ukrainern, russisch- wie ukrainischsprachiger Menschen – der Wille, eine pluralistische, demokratische Gesellschaft schaffen zu wollen.“ Möge sich dieser Blick in der internationalen Wahrnehmung und in den politischen Prozessen in der Ukraine durchsetzen. HPG

## Arithmetik auf Ungarisch

Ein Drittel von 100% ist 33,33%. Zwei Drittel wären demnach 66,66%. Soweit so gut. Doch diese Logik gilt nicht für rund acht Millionen Ungarn, zumindest nicht für die Interpretation von Wahlergebnissen. Dank einer Wahlrechtsreform, welche die amtierende Partei Fidesz von Viktor Orbán durchgeführt hat, besteht bereits bei einer Stimmverteilung von 44,54 Prozent (das ist jener Anteil, den Fidesz bei den Wahlen am 6. April diesen Jahres für sich gewinnen konnte) eine Zwei-Drittel-Mehrheit (!), die es ermöglicht, zahlreiche Gesetze ohne Einbeziehung der Opposition im Parlament zu beschließen. Nach diesem Verständnis verfügt die rechtsradikale Jobbik Partei, die 20% der Stimmen für sich reklamieren konnte, sogar über ein Drittel der Stimmen, wodurch somit Ungarn die stärkste national-radikale Partei innerhalb der EU stellt. Beides kein Grund zur Freude! Wir können uns nur glücklich schätzen, dass diese Rechen-Logik innerhalb demokratischer Staaten nicht mehrheitsfähig ist, denn dann sehe so manche Europäische Regierung anders aus. CW

## Das Zitat



Zwei Plakate haben die Menschen in der Ukraine aufgefordert, am 26. Februar als Solidaritätszeichen mit den BewohnerInnen der östlichen und südlichen bzw. der westlichen und zentralen Regionen zu Hause, in der Arbeit, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, mit den Freunden – kurz: überall – auf Russisch bzw. Ukrainisch, der Sprache der jeweiligen Minorität, zu sprechen.



## „Wer über Geld verfügt, bleibt kein Fremder.“

Karl-Markus Gauß über das Potenzial von Literatur, Antiziganismus und seine ganz eigenen Erfahrungen mit der Armut.

Die Fragen stellte Robert Buggler.



FOTO: KATHRIN QUATEMBER | FRIEDENSBÜRO SALZBURG

**„Die Europäische Union produziert in gleichem Maße ungeheuren Reichtum und neue Armut, vor allem in den zu peripheren Zonen gewordenen Regionen.“**

**Kranich: „Betteln. Eine Herausforderung“ ist der Titel der Tagung, die in Kürze in St. Virgil stattfinden wird. Inwiefern sind bettelnde Menschen auch für Sie persönlich eine Herausforderung?**

Karl-Markus Gauß: Sie sind es in zweifacher Hinsicht. Zum einen, weil sie mich durch ihre schlichte Anwesenheit daran erinnern, dass die Welt noch längst nicht fertig gebaut ist und es Elend nicht nur in fernen Ländern gibt, sondern auch bei uns, unter uns. Und zum anderen bin ich keineswegs gefeit dagegen, mich mitunter selbst über ihren Anblick zu ärgern, mich daran zu stö-

ren, dass ich auf dieser Brücke an drei Bettlern vorbeimusste. Natürlich kann ich dieses Missbehagen reflektieren, aber eine instinktive Abwehr verspüre auch ich selbst manchmal. Gerade deswegen ist es ja notwendig, mittels Aufklärung, die Leute dazu zu bringen, ihre Aversionen gegen die Bettler zu überdenken, sich ihrer eigenen Fehlreaktionen klar zu werden.

**Kranich: Wenn man wie Sie so viel in Europa unterwegs war, bislang kaum bekannte Volksgruppen „wieder entdeckt“ hat, nicht für ein vereinheitlichtes, sondern für ein Europa der Vielfalt,**

**der Sprachen, der unterschiedlichen Volksgruppen und Kulturen plädiert: Geht man dann mit reisenden, migrierenden, umherziehenden Menschen anders, toleranter, offener um?**

Karl-Markus Gauß: Ich glaube eher, dass das umgekehrt war: Ich bin auf diese Reisen schon gegangen, weil ich von der Vielfalt fasziniert war und sie genauer erkunden wollte. Wäre es so, dass Reisen alleine schon bilden und vor allem Vorurteile zunichte machen würden, dann sähe die Sache bei uns ja anders aus. Fast ein jeder, bis auf die wirklich Armen, war schon mal in der Türkei auf Urlaub oder ist im Flieger

irgendwo anders hin geraten, fast ein jeder geht mal chinesisches, vietnamesisch, griechisch, kroatisch essen: Aber das alles macht ihn noch nicht zum weltoffenen Menschen. Aber vielleicht zu einem, bei dem man, wenn man mit ihm ins Diskutieren kommt, an diesen Widersprüchen ansetzen könnte.

**Kranich: Welche Erfahrungen, Eindrücke haben Sie in Ihren Recherchen in verschiedensten Regionen Europas von jenen Menschen gewonnen, die vermehrt auf den Straßen in Salzburg und anderen Städten Westeuropas betteln? Wer sind diese Menschen aus Ihrer Sicht? Warum kommen Sie?**

Karl-Markus Gauß: Die Transformation vom reglementierten Staat in den sogenannten „Ländern des realen Sozialismus“ zum neoliberalen Staat hat eine riesige Schicht von einstmalen zwar nicht eben wohlhabenden, aber doch minimal abgesicherten Menschen erschaffen. Die Europäische Union produziert in gleichem Maße ungeheuren Reichtum und neue Armut, vor allem in den zu peripheren Zonen gewordenen Regionen. Die meisten Bettler, die heute überall im Reichsgebiet der Union herumziehen, kommen von dort und tun das nicht aus Reisefreude und auch nicht, weil irgendwelche Barone mit märchenhaftem Reichtum sie dazu nötigen, sondern weil ihnen der verächtlich gewährte Bettel hier noch immer mehr Möglichkeiten bietet, ihre Familien durchzubringen als die ökonomische Aussichtslosigkeit zu Hause.

**Kranich: Sie haben sich mehrfach öffentlich und kritisch zum Umgang mit bettelnden Menschen in Salzburg geäußert. Auch wenn Salzburg nicht die einzige Stadt ist, in der diese Diskussionen geführt werden. Gibt es aus Ihrer Sicht etwas spezifisch „Salzburgerisches“ daran?**

Karl-Markus Gauß: Ich weiß nicht, ob wir den Salzburgern nicht zu viel Unehre antun, wenn wir ihr feinseliges, teils offen rassistisches Verhältnis zu den Bettlern als spezifische Salzburger Besonderheit bewerten. Es ist auch in anderen Städten und Ländern so, dass es diese merkwürdige Verschiebung gegeben hat, an die Stelle eines verständlichen, aber diffusen Hasses „gegen die da oben“, ist eine ganz konkrete Verachtung, ja ein virulenter Hass gegen die Schwächeren, die Schwächsten geworden. In Salzburg kommt vielleicht als Besonder-

heit dazu, dass dies eine Stadt ist, die seit 200 Jahren von den Fremden lebt, vom zahlenden Fremden, der dadurch, dass er Geld bei uns ausgibt, seine Fremdheit verliert. Ich glaube, Fremdheit wird heute ja nicht mehr prinzipiell durch überkommene Dinge wie Herkommen und Aussehen definiert, sondern durch die finanziellen Mittel, die einer hat. Wer über Geld verfügt, bleibt kein Fremder, wer keines hat, wird bald zum Fremden im eigenen Land.

**Kranich: Nazi-Schmierereien, vermehrt rechtsextreme Taten, rechte Parteien auf dem Vormarsch in ganz Europa, zuletzt von Le Pen in Frankreich, der Umgang mit bettelnden Menschen, der Ruf nach mehr Polizei und zum Teil offen formulierter Antiziganismus. Gibt es da aus Ihrer Sicht eine Gemeinsamkeit, eine gemeinsame Erklärung?**

Karl-Markus Gauß: Es ist in Europa in den letzten Jahrzehnten zu einer starken sozialen Verrohung gekommen. Das hat politisch etwa mit der Ära von Frau Thatcher begonnen, die ja die These aufgestellt hat, dass es so etwas wie „Gesellschaft“ gar nicht gibt und der Egoismus jedes einzelnen die Triebfeder des Fortschritts wäre. Thatcheristisch sind auf moderatere Weise alle Parteien geworden, auch die Sozialdemokratie, und inzwischen wird der Egoismus des Einzelnen und bestimmter sozialer Gruppen als absolut natürlich, historisch unausweichlich und ökonomisch angeblich „alternativlos“ ausgegeben. In aller dieser Verrohung werden die Leute ja aber nicht glücklich, es gibt in ihnen schon die Sehnsucht nach einem besseren Leben, nach Gerechtigkeit. Da die etablierten Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen diese Sehnsucht preisgegeben haben, können die rechtsextremen Bewegungen hier auf großen Plünderungszug gehen. Der Rechtsextreme von heute fühlt sich ja nicht als Rechtsextreme, sondern als Mensch, der noch auf Werte setzt. Weil er aber dumm und sich über seine eigene Situation gar nicht klar ist, verbindet sich in ihm die durchaus verständliche Sehnsucht nach einer gewissen Zählung des globalen Raubtierkapitalismus mit dem Hass auf jene, die schwächer sind als er. Der Rassismus selbst ist dabei eine fast schon rätselhafte, atavistische Zutat, denn die globale Unterhaltungskultur hat ja längst eine reale Kulturvermischung durchgesetzt. Aber merkwürdiger Weise gibt es das: dass die Leute zuerst in Partylaune zu den Gipsy Kings tanzen und sich draußen über die stummen Roma-Bettler ärgern.

**Kranich: Was kann Literatur, was können Sie als Schriftsteller, als Verfasser von Büchern zur Verbesserung der Situation beitragen?**

Karl-Markus Gauß: Ich hege keine Illusionen über die Wirksamkeit von Literatur. Wer etwas gegen Roma hat, wird meine Reportage über die „Hundeesser von Svinia“ erst gar nicht lesen. Ob die Literatur also in der Lage ist, den Menschen die Vorurteile zu nehmen bzw. sie ihnen als solche überhaupt erst erkennbar zu machen, ist schon fraglich. Aber umgekehrt kann sie Menschen in ihrer Haltung bestärken und ihnen das Gefühl geben: Ich bin auch nicht ganz alleine. Und ich nehme aus diesem oder jenem Buch mit: Ja, wir sollen uns nicht zufrieden geben, wir haben Ansprüche zu stellen, an uns – und an die anderen.

**Dr.h.c. Mag. Karl-Markus Gauß, Schriftsteller, Herausgeber von „Literatur und Kritik“ Salzburg; thematische Auseinandersetzung u.a. in „Die Hundeesser von Svinia“ (2004).**

## BUCHTIPP



Karl-Markus Gauß  
Die Hundeesser  
von Svinia

ZSOLNAY

**Karl-Markus Gauß: Die Hundeesser von Svinia. Zsolnay Verlag, Wien 2004. ISBN 9783552052925 Gebunden, 120 Seiten, 12,90 EUR**

Heinz Schoibl, Helix Austria



# Armutsmigration ist kein Fall für die innere Sicherheit

Von Heinz Schoibl.



FOTO: JOACHIM BERGAUER

Nach einer monatelangen medialen Kampagne ist es für viele SalzburgerInnen inzwischen eine unumstößliche Gewissheit, dass hinter den bettelnden ZuwanderInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten eine mafiaähnliche Organisation steht, die sich an der Notlage dieser Menschen bereichert. Die Anwesenheit von BettlerInnen in Salzburg belegt demnach, dass die internationale Mafia hier ihr Unwesen treibt und dass Betteln eine Gefährdung der inneren Sicherheit darstellt. Daraus wird die einfache Forderung abgeleitet, dass es eines Bettelverbots bedarf, um die Sicherheit der SalzburgerInnen gewährleisten zu können.

Aktuell aufgelegten Studien können Belege dafür entnommen werden, dass es mit den medial hochgespielten Sicherheitsbedenken nicht weit her ist. Eine systematische Einschau in die Rahmenbedingungen der Zuwanderung nach Graz (1) macht den Zusammenhang von Push- und Pullfaktoren zwischen Herkunftsregionen und Zielorten der Armutsreisen überdeutlich. Ausführliche Befragungen von Notreisenden in Salzburg (2) und eine breit angelegte teilnehmende Beobachtung von BettlerInnen im öffentlichen Raum von Lausanne (3) weisen familiäre und nachbarschaftliche Unterstützungsstrukturen aus, die den Notreisen zugrunde-

liegen. Mafiöse Organisationsstrukturen als Grundlage für Ausbeutung und Menschenhandel anstelle individueller sozioökonomischer Motive für diese Armutsmigration sind jedoch nicht zu entdecken, erscheinen vielmehr unwahrscheinlich.

## Ethnisierung von Betteln als Sache der Roma entspricht nicht den Tatsachen

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse stellen zudem die medial unterstützten Bedrohungsszenarios infrage, wonach es sich bei dieser Armutsmigration um eine Angelegenheit von gewerblichen BettlerInnen aus der Volksgruppe der Roma handeln würde. Wahr ist, dass die Roma einen großen Anteil der Notreisenden stellen, daneben jedoch viele Angehörige der Mehrheitsbevölkerung sowie der sprachlichen Minderheiten der Herkunftsländer mittels Notreisen ihr Überleben sichern müssen.

## Der Anstoß zur Notreise benötigt keine kriminelle Begründung

Die Gründe für die Notreisen sind schnell aufgezählt. Die Notreisenden sind in ihren Herkunftsregionen Hunger, Krankheit und Elend ausgesetzt. Sie sind in allen lebenswichtigen Bezügen wie Wohnen, Ernährung, Hygiene, Wohlbefinden etc. mit absolutem Substandard konfrontiert. Die Zugänge zu adäquater Bildung, bedarfssicherndem Erwerbseinkommen und regulärer medizinischer Versorgung etc. sind ihnen versperrt. Sozial- bzw. wirtschaftspolitische Vorsorgen in den Herkunftsregionen können das Überleben nicht gewährleisten.

## Betteln ist kein Wunschscenario

In Salzburg angekommen, haben die Notreisenden nur theoretisch die Wahl, wie sie ihren angestrebten Notgroschen erwirtschaften wollen. Mit etwas Glück finden einige eine Arbeitsmöglichkeit im





FOTOS: JOACHIM BERGALER

Kontext von Schwarzarbeit, die sie am Arbeitsstrich ergattern auf Tagelöhnerbasis, ohne Anmeldung und Versicherung, schlecht bezahlt und ohne ausreichende Schutzvorkehrungen. Einige widmen sich (in der Position von Pseudo-Selbstständigen) dem Verkauf von Zeitungen oder der Straßenmusik. Anderen steht keine dieser Möglichkeiten zur Verfügung, weil sie entweder zu jung oder zu alt, zu krank oder behindert sind. Nur ein kleiner Teil der Notreisenden begnügt sich dann eben damit, zubetteln und die Hand/den Becher aufzuhalten.

### **Aufenthalt im Abseits: ohne Hygiene, Schutz vor Witterung, Privatsphäre ...**

Gemeinsam ist den Notreisenden jedenfalls, dass sie unabhängig von ethnischer oder sprachlicher Zugehörigkeit sowie ihrer Erwerbstätigkeit mit bitterer Armut und gesundheitsgefährdenden Rahmenbedingungen konfrontiert sind. Viele halten sich Tag und Nacht auf der Straße auf, sie nächtigen in Pkw's oder Hauseingängen, unter Brücken oder in öffentlichen Parks etc. Während ihres Aufenthalts in Salzburg gibt es für sie weder Privatsphäre noch einen gesicherten Zugang zu medizinischer Grundversorgung etc.

### **Notreisende stören die öffentliche Ordnung?**

Wenn die Argumente hinsichtlich zugrundeliegender Mafiastrukturen und kriminellen Verhaltens nicht reichen, skandalisiert die öffentliche und veröffentlichte Meinung die alltagspraktischen Probleme mit den ZuwanderInnen. Man/frau beklagt Unordnung und Vermüllung, Gefährdung

der Kinder und Angst der BewohnerInnen. Grundsätzlich wird in dieser Argumentationskette davon abgesehen, dass den ZuwanderInnen jegliche Form von Aufnahmestruktur verweigert wird. Es gibt weder eine quantitativ ausreichende Basisversorgung (mit Ausnahme von einigen wenigen Schlafplätzen in den Wintermonaten), noch wird ein einfaches Kämpfen ermöglicht. Stattdessen werden die Notreisenden beschuldigt, an Orten zu nächtigen, die nicht dafür ausgestattet sind, Unrat zu hinterlassen und/oder ihre Notdurft im öffentlichen Raum zu verrichten. Um die unmittelbaren Nachbarn sowie PassantInnen davor zu schützen, durch die bloße Anwesenheit von Notreisenden belästigt und verstört zu werden, setzt die öffentliche Hand gezielte Aktionen zu ihrer Kontrolle und Vertreibung.

### **Vertreibung stellt keine Lösung für ein Problem dar, das strukturelle Ursachen hat**

Wir stellen also ausgeprägte Push-Faktoren fest, die diese Menschen – ungeachtet äußerst unwürdiger Rahmenbedingungen für einen Aufenthalt in der Wohlstandsregion Salzburg – dazu zwingen, sich außerhalb ihrer Herkunftsregion die benötigten Notgroschen zu organisieren. Wir können zweitens konstatieren, dass Notreisen einen Aufschrei nach Hilfe und Unterstützung darstellt. Und zum Dritten sollte mittlerweile klar sein, dass nur eine adäquat ausgestattete und Willkommen heißende Aufnahmestruktur einen Garant dafür darstellt, dass entwürdigende Ausbeutungsstrukturen sowie unwürdige Aufnahmebedingungen erfolgreich und wirkungsvoll verändert werden können.

### **Weil es keine Alternativen gibt**

Wir sind es uns selbst als auch den ArmutszuwandererInnen schuldig, Rahmenbedingungen für ihren Aufenthalt bei uns zu schaffen und Perspektiven zu sichern. Dazu wird es in erster Linie nötig sein, mit den Notreisenden zu reden und ihre konkreten Bedürfnisse zu erkunden. Vor Ort, dort also, wo sich die Notreisenden aufhalten, gilt es, gemeinsam und unter Beachtung der Hierarchien in den Zuwanderergruppen nach Möglichkeiten zu suchen, wie mit potentiellen Konfliktzonen in der Begegnung mit der Aufnahmegesellschaft umgegangen werden kann. Dazu braucht es gemeinsame Entwicklung, aufbauende Gestaltung von Regeln und Verhaltensweisen sowie – auf längere Sicht – Angebote und Rahmenbedingungen, die Alternativen zum Betteln in den innerstädtischen Bereichen darstellen können.

#### **QUELLEN:**

- (1) Tiefenbacher/H.Zettelbauer/S.Benedik, Die imaginierte „Bettlerflut“, 2011
- (2) H.Schoibl, Lebens- und Bedarfslagen von Notreisenden und BettelmigrantInnen in Salzburg, 2013
- (3) J.Tabin, „Bettelnde Roma“? Forschungsergebnisse aus Lausanne, in: B.Schär/B.Ziegler (Hg.), Antiziganismus in der Schweiz und in Europa, 2013

**Dr.phil. Heinz Schoibl**, Sozialpsychologe; soziale Infrastrukturforschung zuletzt zu „Notreisende und BettelmigrantInnen in Salzburg“ (2013). [www.helixaustria.com](http://www.helixaustria.com)

**Norbert Mappes-Niediek,**  
Südosteuropa-Korrespondent und Autor



# Ökonomie der Armut: Wie man im Slum überlebt

Von Norbert Mappes-Niediek.



FOTO: JOACHIM BERGAUER

Ja, wir wollen Zuwanderung. Nein, wir haben nichts gegen Ausländer und auch nichts gegen Roma, die schließlich Opfer eines Völkermords waren und mancherorts bis heute verfolgt werden. Wir brauchen Fachkräfte, und deren Herkunft ist uns egal. Was wir dagegen nicht wollen, ist eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme.

Es ist ein breiter Konsens, der sich da nach einer Reihe von Provokationen aus der CSU herausgebildet hat. Bloß: „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ist schon an und für sich ein tendenziöses Schema, das die wirklichen Verhältnisse schlecht beschreibt. Niemand kommt nach Deutschland, um sich dort in eine ominöse soziale Hängematte zu legen. Niemand, auch nicht rumänische Roma, kann Neukölln oder Duisburg-Marxloh mit dem Schlaraffenland verwechseln, das die Armutszuwanderer angeblich so anzieht. Die Motive für die Zuwanderung sind ganz andere.

Die erste größere Gruppe derer, von denen nun schon seit Monaten ständig die Rede ist, wurde im Dortmunder Norden gesichtet. Anfangs waren es Frauen aus Stolipinowo, einem Elendsviertel im bulgarischen Plowdiw, die sich prostituierten. In Stolipinowo wird vorwiegend Türkisch gesprochen, in Dortmund-Nord auch – das traf sich gut. Später holten die Frauen ihre Familien nach; die Männer gingen auf den Arbeiterstrich oder begannen, Metall zu sammeln.

Dass sie immerhin Anspruch auf Kindergeld hatten, wussten die Zuwanderer aus Bulgarien gar nicht. Folglich bekamen sie auch keines. Erst allmählich hat sich herumgesprochen, dass es Ansprüche auf Sozialleistungen gibt. Seither nehmen sie sie.

Wer in einem südosteuropäischen Elendsviertel lebt und dort vielleicht schon groß geworden ist, verhält sich am besten so, wie Slumbewohner das auf der ganzen Welt aus guten Gründen tun: Er setzt sich seine Existenz puzzelartig zusammen. Man verrichtet Gelegenheitsjobs, sammelt Eisen oder Flaschen, treibt ein wenig Handel, beantragt Transferleistungen, wenn es so

etwas gibt. Reicht das nicht aus, kommen vielleicht auch Betteln, Prostitution und kleine Diebereien hinzu.

Das Grundgesetz des Überlebens im Slum lautet: Nie alles auf eine Karte setzen! Ein Arbeitsplatz, eine Lohnersatzleistung – das sind flüchtige Versprechen. Man nimmt sie mit, wenn man kann. Aber es wäre viel zu gefährlich, wegen eines Arbeitsplatzes oder wegen Hartz IV den Wohnort zu wechseln. Der Job oder die Leistung sind schnell weg, und dann steht man wieder vor dem Nichts. Alle hier haben die Erfahrung schon gemacht: Nie das Netzwerk aufgeben, nie sich vereinzeln lassen! Wenn es ernst wird, helfen mir kein Staat und kein Arbeitgeber, nur die Familie tut es und vielleicht die engsten Freunde.

Das wird nicht verstanden, auch in Osteuropa nicht. Überall hört man immer wieder die traurige Geschichte von dem begabten Roma-Jungen, dem wir alle helfen wollten, dem wir schließlich sogar unter erheblichen Mühen einen Arbeitsplatz beschafft haben – und der dann schon eine Woche später unentschuldig der Arbeit fernblieb, weil er dem Onkel bei der Reparatur seiner Hütte zur Hand gehen musste. Die Moral der Geschichte ist meistens, dass da schließlich doch das „ewig Zigeunerische“ durchgeschlagen habe.

Dabei hat der Junge in der Geschichte nur vernünftig gehandelt. Der Job kann schnell wieder weg sein. Der Onkel bleibt. Man nennt das die Ökonomie der Armut. Sie ist nicht weniger vernünftig als unsere Ökonomie des Sparens und Investierens; nur ist sie eben den Bedingungen des Dauerelends angepasst. Deshalb hat es auch keinen Sinn, sich den Bewohnern von Elendsvierteln in volkserzieherischer Absicht zu nähern. Sie wissen besser als wir, was ihnen nützt.

**Norbert Mappes-Niediek**, Jahrgang 1953, seit 1991/92 Korrespondent für Südosteuropa. Mehrere Bücher, zuletzt *Arme Roma, böse Zigeuner*, 3. Auflage 2013.





**Klaus Starl**, ETC Graz

## Armutsmigration

### Menschenrechtliche Handlungsspielräume der Kommunalpolitik

Von Klaus Starl.

Was kann Kommunalpolitik zur Bekämpfung von Armutsmigration tun? Die Antwort lautet: Gar nichts. Denn Kommunalpolitik kann nur die Armut bekämpfen, aber nicht Migration. Armutsbekämpfung ist jedoch eine klassische Aufgabe der Kommunen: Gleichstellung, Diskriminierungsbekämpfung, Integration, Unterstützung, Hilfe zur Selbsthilfe sind ein paar Schlagworte. Die grundrechtlich geschützten Aspekte wie Zugang zu Einkommen, Wohnraum und Bildung sind zu gewährleisten. Mittel- und langfristig greift Integration, Abwehr ist zum Scheitern verurteilt. So notwendig Armutsbekämpfung ist, so unsinnig ist die Verhinderung von Migration. Wir sind mit Botschaften konfrontiert, die nach Österreich kommenden Menschen aus Bulgarien und Rumänien bereiten unserem Sozialstaat Schwierigkeiten. Welche Stereotype stecken dahinter? Der Großteil der aus den genannten Staaten kommenden Menschen ist gut ausgebildet und sucht nach besseren Möglichkeiten zur Lebensführung. Das ist im gemeinsamen Europa legitim: Europa vergrößert die Chancen durch freie Wahl. Wo es mir besser geht, dort gehe ich hin. Die Nennung der Herkunftsländer ist stigmatisierend. Dort leben Roma, wo sie diskriminiert werden. Jetzt kommen sie zu uns. „So“ war Freizügigkeit nicht gemeint. Wie denn? Es gibt ein zwingendes menschenrechtliches Gebot, welches den Rahmen für die kommunale Politik absteckt. Im bemerkenswerten Urteil über ein absolutes Bettelverbot legte der Verfassungsgerichtshof dar, dass öffentliches Ersuchen um Almosen eine zulässige Form freier Meinungsäußerung sei. Das Gericht stellte fest, dass Betteln im öffentlichen Raum zumutbar sei, weil diesem „eine Begegnung mit anderen Menschen immanent“ ist. Ein Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung muss sehr hohe Anforderungen erfüllen. Er muss eine gesetzliche Grundlage haben. Bereits dieser so genannte Gesetzesvorbehalt ist auf kommunaler Ebene gar nicht erfüllbar, da Städte lediglich über Notverordnungs-kompetenz verfügen. Der Eingriff muss verhältnismäßig sein. Das bedeutet, ein legitimes Ziel muss mit notwendigen und gelindesten Mitteln erreicht werden. Genau das hat der Verfassungsgerichtshof verneint. Dazu kommt, dass

der Eingriff in das Grundrecht in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sein muss. Und auch hier hat der Gerichtshof eindeutig klargestellt, dass dies nicht der Fall sei. Ist Betteln eine geschützte Meinungsäußerung, so ist der Handlungsspielraum zu einer Reglementierung ausgesprochen eng. Zu eng für kommunale Politik. Abwehr oder auch quantitative Beschränkung, wird damit unmöglich, weil unerlaubt. Jeder weitere Versuch verursacht unnötige Kosten. Aus der konstruierten Verwerflichkeit stammt das „Schutzargument“ für ein absolutes Bettelverbot. Einerseits wird dabei ein Schutz vor der „Selbstentwürdigung“ durch Betteln ins Treffen geführt. Aber ist es nicht die Armut, die entwürdigt? Andererseits wird die Ausbeutung bettelnder Menschen angeführt: Menschenhandel, Schuldknechtschaft, organisierte Kriminalität. Ein Nachweis ist dazu bislang nicht erbracht. Wäre dies der Fall, bietet das Strafrecht ausreichende Bestimmungen zu deren Verfolgung. Der präventive Charakter eines Bettelverbots ist mit Blick auf die freie Meinungsäußerung nicht verhältnismäßig. Solche Anschuldigungen müssen bewiesen werden, ansonsten gilt die Unschuldsvermutung. Kommunalpolitik macht sich der Verleumdung schuldig, wenn sie ihre Entscheidungen auf Pauschalverdächtigung baut. Kurzfristig stellen sich einige Herausforderungen. Wo leben bettelnde Menschen? Welche Chancen auf andere Einkommensquellen haben sie? Wie wohnen sie? Wollen sie bleiben oder ist ihr Aufenthalt nur vorübergehend? Auf diese Fragen muss kommunale Politik eingehen, darauf muss sie reagieren. Dabei darf nicht außer Acht bleiben, die ansässige Bevölkerung darauf entsprechend vorzubereiten. Mit dumpfen Ängsten Politik zu betreiben, nützt niemandem. Die Menschen müssen von der Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen überzeugt werden, dann werden sie auch zustimmen. Nachhaltig kann Betteln nur verhindert oder beschränkt werden, indem die Armut gelindert oder beseitigt wird.

**Dr. Klaus Starl**, leitet das Europäische Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie in Graz, Lehre Universität Graz.



FOTO: JOACHIM BERGAUER

**Josef P. Mautner,**  
Plattform für Menschenrechte



# Begegnungen auf Augenhöhe

Das Projekt Salzburger Städtepartnerschaften mit Kommunen in Süd Ost Europa.

Von Josef P. Mautner.



FOTO: JOACHIM BERGAUER

In der Plattform für Menschenrechte (1) wird seit einiger Zeit ein Projekt diskutiert, das von großem Wert für Politik und Zivilgesellschaft in Salzburg sein könnte: eine Kommunal- bzw. Städtepartnerschaft zwischen einer oder mehreren Salzburger Kommunen und einer oder mehreren Kommunen aus dem süd-osteuropäischen Raum. Ausgangspunkt der Idee einer solchen Städtepartnerschaft ist das Faktum der Notreisen und Pendelmigrationen von Menschen aus dem südosteuropäischen Raum. Die Erhebung, die im Auftrag des „Runden Tisches Menschenrechte“ im Zeitraum von Februar bis Mai 2013 in der Stadt Salzburg durchgeführt wurde (2), ergab, dass sich im Zeitraum der (annähernden) Vollerhebung Ende Februar mehr als 120 Menschen aus südöstlichen Mitgliedsstaaten der EU aufgehalten haben. Mit ihnen sind insgesamt 39 minderjährige Kinder gereist. Diese Notreisenden haben in ihren Herkunftsländern kein die Existenz ermöglichendes Einkommen aus Erwerbsarbeit oder Transferleistungen. Sie sind überwiegend langzeitarbeitslos oder nie im Erwerbsprozess gestanden. Der überwiegende Anteil der Notreisenden, die Ende Februar befragt wurden (80 %), kam aus Rumänien (u.a. aus der Kleinstadt Crizbav im Bezirk Brasov oder aus der Region Arges). Die Herkunftsländer Polen und Slowakei erreich-

ten einen deutlich geringeren Anteil (je 10%). Weitere, vereinzelte Notreisende kamen aus Tschechien, Ungarn und Bulgarien. 41% der Notreisenden insgesamt gaben an, dass sie der Volksgruppe der Roma angehören. 14 RespondentInnen aus der Kleinstadt Crizbav gehörten zur ungarisch sprechenden Minderheit Rumäniens.

## Soziale und wirtschaftliche Situation der Herkunftsregionen

Wenn man sich die soziale und wirtschaftliche Situation der Herkunftsregionen vor Augen führt, werden die Motive für Armutsmigration nachvollziehbar. In den Interviews schildern die Betroffenen ihre Situation mit großer Klarheit:

„In der Slowakei verdiene ich 500-600 € im Monat, aber es reicht nicht.“

„Es geht uns in Brasov sehr schlecht. Es gibt keine Arbeit, die genug einbringt, um davon leben zu können und nicht zu verhungern.“

„Es gibt kein Einkommen daheim, es gibt gar nichts, keine Arbeit, und man kann nur sehr schwach überleben.“ (3)

Zum Beispiel: Die Zahl der aktiven Bevölkerung des Kreises Brasov/Kronstadt sank von 295.400 Personen 1995 auf 245.800 Perso-

nen im Jahr 2010. In ähnlicher Weise verringerte sich die Zahl der Beschäftigten von 275.600 Personen auf 229.500 Personen und die der angestellten Arbeitskräfte von 228.800 Personen auf 145.500 Personen. Diese Entwicklungen haben zu signifikanten Abnahmen der Erwerbs- und der Beschäftigungsquote der erwerbsfähigen Bevölkerung geführt (von 275.600 im Jahr 1995 auf 229.500 im Jahr 2009). Die Arbeitslosigkeit im Bezirk stieg zwischen 1995 und 2009 (mit Schwankungen aufgrund wirtschaftlicher Zyklen) von 6,7 auf 8,7 %. (4) Überproportional betroffen von der geringen Beschäftigungsquote ist die jeweilige Minderheitenbevölkerung: Ungarischsprechende und – in noch größerem Maße – Roma und Sinti. Grundlage des Projektes, das die Einrichtung von kommunalen Partnerschaften zwischen Salzburger Gemeinden und Kommunen in Südosteuropa fördert, ist die Erkenntnis, dass eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Menschen in ihrem primären Lebensumfeld nur durch professionelle, gezielte Projektzusammenarbeit erreicht werden kann, die auf eine Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen in den Regionen vor Ort abzielt. Die Plattform für Menschenrechte hat zur Vorbereitung dieses Projektes Gespräche mit dem Land Salzburg

geführt und Sozialeinrichtungen wie NGOs zu einem Vernetzungstreffen eingeladen, um das Projekt auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Aus dem Treffen ist eine informell vernetzte Arbeitsgruppe mit vielen Organisationen hervorgegangen, die sich derzeit in Salzburg für die soziale Versorgung und die Grundrechte von Notreisenden und ArmutsmigrantInnen engagieren. Dieses Netzwerk hat beschlossen, zunächst alle uns zugänglichen Informationen über bereits in Salzburg bestehende Partnerschaften auf allen Ebenen zusammenzutragen. Auf der Grundlage des bisherigen Informationsstandes möchte ich drei Beispiele herausgreifen.

## Bereits bestehende Partnerschaften und Projekte in Salzburg

**Melitopol, Ukraine:** Hierbei handelt es sich um eine bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen Nadja Lobner (Verein Phurdo) mit einer Professorin von der MGPU in der Ukraine seit 2008. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit gab es gemeinsame Konferenzen, gegenseitige Einladungen zu Konferenzen, Veröffentlichung von Texten über Jugendarbeit in der Ukraine in russischer Sprache in ukrainischen und russischen Tagungsbänden, Ideenaustausch sowie Vernetzung mit russischen WissenschaftlerInnen. TrägerIn dieser Partnerschaft ist die Staatliche Pädagogische Universität Melitopol, Ukraine, im besonderen Frau Professor Lyudmila Afanasyeva, die Leiterin des soziologischen Forschungslaboratoriums (<http://www.mdpu.org.ua/>). Melitopol wurde aufgrund der Bemühungen von Frau Afanasyeva Modellstadt im Programm „Intercultural Cities“ des Europarates. Sie bemühte sich um viele kleinere, öffentlichkeitswirksame Projekte in der Stadt. Sie verfügt über viel Erfahrung in der interkulturellen Kommunikation zwischen den einzelnen Volksgruppen und religiösen Gemeinschaften in der Stadt Melitopol.

**Deutsches Theater in Sibiu, Rumänien:** Im Zusammenhang mit dem Projekt „Kultur und Armutsbekämpfung. Von der sozialen Ausgrenzung zum interkulturellen Dritten Raum“ (2011-2012) fand ein reger Ideenaustausch zwischen dem Salzburger Theater „ecce“ (5) und Wolfgang Kandler statt, der als Schauspieler und Regisseur am deutschen Theater in Sibiu, Rumänien arbeitet. Ein kommunaler Bezug ist durch den Sitz von Ecce und Odeion Kulturforum in der Stadt Salzburg gegeben.

**Partnerschaft zwischen den Pfarren Salzburg-Nonntal und Orsova:** Nach der Revolution in Rumänien im Dezember 1989 begannen viele Pfarren mit Hilfsprojekten, welche die dortige Not lindern sollten. Auch der Nonntaler Pfarrgemeinderat stellte solche Überlegungen an und beschloss, ebenfalls durch ein Projekt zu helfen. Der Adneter Pfarrer Babeu, der aus dem rumänischen Banat stammt, war bereits im Dezember 1989 in seine Heimat gereist, um zu sehen, wo Hilfe nötig ist. Pfarrer Babeu nannte dem Pfarrgemeinderat von Nonntalunter anderem die katholische Pfarrgemeinde in Orsova im rumänischen Banat. Daraus entwickelte sich der Kontakt mit Pfarrer Mihai Sima von Orsova.

## Grundlinien des Projektes „Kommunale Partnerschaften“

In den zahlreichen Gesprächen und Diskussionen, die in und mit der Plattform für Menschenrechte zu diesem Projekt geführt wurden, haben sich einige wesentliche Grundlinien herausgebildet:

Die Plattform für Menschenrechte versteht sich als Initiatorin und Vermittlerin, jedoch nicht als durchführende Organisation oder Projektträgerin einer konkreten Städtepartnerschaft zwischen zwei Kommunen. Wir möchten mit diesem Projekt einen organisatorischen Rahmen sowie Knowhow und Informationen für die mögliche Durchführung einer oder mehrerer Kommunalpartnerschaften zur Verfügung stellen sowie benötigte Recherchen, Expertisen oder Kontakte organisieren. Das Projekt zielt auf Partnerschaften ab, die einen gleichberechtigten Austausch- und Kommunikationsprozess auf Augenhöhe ermöglichen. Die Partnerschaften sollen von dem Bewusstsein getragen sein, dass sie einen wechselseitigen Lernprozess bilden, von dem beide Seiten vielleicht nicht in gleicher Weise, jedoch in gleichem Maße profitieren werden. Die Partnerschaften sollen vor dem normativen Hintergrund eines aktiven Engagements zum Schutz der Menschenrechte - vor allem der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen auf beiden Seiten - stattfinden. Es geht dabei nicht um eine Partnerschaft, die eine karitative Unterstützung der konkreten Gruppen von Notreisenden, die nach Salzburg kommen, durchführt – mit dem Ziel, diese Notreisenden für die Zukunft von der Pendelmigration nach Salzburg abzuhalten. Des Weiteren kann es nicht um Projekte und Maßnahmen im Rahmen dieser

Partnerschaft gehen, die nur einer bestimmten ethnischen Gruppe/Minderheit in der betreffenden Kommune/in den Kommunen (zum Beispiel ausschließlich den Roma und Sinti) zugute kommt. Von einer solchen Ethnisierung von Partnerschaftsprojekten sollte die Städtepartnerschaft Abstand nehmen. In der Anfangsphase möchten wir als Plattform folgende Prozesse durchführen bzw. initiieren:

- Moderierte Vernetzung mit interessierten AkteurInnen in Salzburg;
- Recherchen über bereits bestehende Kontakte, Kooperationen und Partnerschaften auf zivilgesellschaftlicher Ebene in Salzburg;
- Recherche von bestehenden Partnerschaftsmodellen in anderen Kommunen im deutschsprachigen Raum;
- Ausfindigmachen geeigneter Partnerkommunen in Südosteuropa und Abklärung von Motivation und Rahmenbedingungen;
- Initiieren von Kontakten und Gesprächen mit dem Ziel einer oder mehrerer kommunaler Partnerschaften.

### QUELLEN:

- (1) [www.menschenrechte-salzburg.at](http://www.menschenrechte-salzburg.at).
- (2) Kurzfassung: [http://rundertisch-menschenrechte.at/downloads/Kurzfassung\\_Bettelmigration.pdf](http://rundertisch-menschenrechte.at/downloads/Kurzfassung_Bettelmigration.pdf). Langfassung: [http://rundertisch-menschenrechte.at/downloads/NotReisen\\_Bericht.pdf](http://rundertisch-menschenrechte.at/downloads/NotReisen_Bericht.pdf)
- (3) Fallbeispiele aus der Studie, S. 20/21.
- (4) Die Zahlen sind einem „Profil des Landkreises Brasov/Kronstadt“ entnommen, das 2012 von der Agentur für Regionalentwicklung Centru herausgegeben wurde (In der Mitte Rumäniens bilden 6 Kreise - Alba, Brasov, Covasna, Harghita, Mures und Sibiu - die Region Centru)
- (5) [www.theater-ecce.com](http://www.theater-ecce.com)

**Dr. Josef P. Mautner**, geb. 1955 in Salzburg; Studium der Literaturwissenschaft und Theologie; Geschäftsführer des Bereichs „Gemeinde & Arbeitswelt“ in der Katholischen Aktion; Mitarbeit bei kommunalen Projekten wie Plattform für Menschenrechte Salzburg und Salzburger Armutskonferenz.

### Literaturhinweis zum Beitrag

Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik zu „Regionaler Kooperation in Südosteuropa“: [http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/suedosteuropa\\_regionale\\_kooperation.html](http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-studien-de/swp-studien-detail/article/suedosteuropa_regionale_kooperation.html)



**Edda Böhm-Ingram,**  
Caritas Salzburg



# ArmutsmigrantInnen Basale Versorgung und Beratung

Von Edda Böhm-Ingram.



FOTO: JOACHIM BERGAUER

Sie sind überall und nirgendwo gern gesehen – ArmutsmigrantInnen, die vorwiegend aus den östlichen EU-Beitrittsländern kommen, insbesondere aus Rumänien, der Slowakei, aus Ungarn und Bulgarien. Diese Menschen machen sich auf den Weg, weil sie in ihrer Heimat jegliche Perspektive verloren haben. Sie sind meist in größeren Gruppen unterwegs und wollen „nur“ eine basale Versorgung während ihres Aufenthaltes bei uns. Die wenigsten wollen sich dauerhaft bei uns niederlassen, vielmehr wollen sie zu ihren Familien in der Heimat zurückkehren, sobald sie deren und ihr eigenes (Über-)Leben vor Ort abgesichert haben. Mangende Sprachkenntnisse und fehlende (Aus-)Bildung machen es diesen Menschen nahezu unmöglich, am regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Zudem haben sie in den meisten Fällen keinen festen Wohnsitz und verfügen daher auch über eine Anmeldebescheinigung – der Zugang zu Leistungen aus unserem Sozialsystem ist ihnen somit verwehrt.

Nicht alle ArmutsmigrantInnen sind „Bettel-MigrantInnen“, dieser Begriff greift zu kurz. Es wird jede nur gebotene Gelegenheit wahrgenommen, um bei uns Geld zu „verdienen“, neben dem Betteln zählen dazu auch Schwarzarbeit, Gelegenheitsarbeiten aber auch Prostitution.

Wie begegnen wir in Salzburg den Menschen, die bettelnd auf der Straße sitzen? Nehmen wir nur wahr, dass es „zu viele“ sind oder denken wir darüber nach, dass auch diese Menschen zumindest das Recht haben sollten, ihre basalen Bedürfnisse zu befriedigen? Wir können die Armutsmigrationsbewegung nicht aufhalten und

Lösungsansätze, die auf EU-Ebene beschlossen werden müssen, dauern in der Umsetzung zu lange. Somit liegt es an uns, in Salzburg Unterstützungsangebote zu setzen, die zumindest die größte Not lindern und sofort wirksam werden, wobei erst in erster Linie darum geht, den ArmutsmigrantInnen Informationen und Beratung in folgenden Punkten zukommen zu lassen:

- Informationen über Angebote der Notversorgung zur Befriedigung und Sicherstellung der basalen Bedürfnisse (Schlafen, Essen, Körperhygiene, Kleidung wechseln, medizinische Not- und Basisversorgung)
- Rechtsberatung, beispielsweise in Hinblick auf aufenthaltsrechtliche Fragestellungen, Verbote und Gebote in Zusammenhang mit Betteln, Schwarzarbeit, Schulpflicht
- Sozialberatung zur Abklärung möglicher Perspektiven, sollten der Wunsch und die Voraussetzungen zu längerfristiger Integration gegeben sein
- Rückkehrberatung in enger Zusammenarbeit mit NGOs im jeweiligen Heimatland (Auslotung der Möglichkeiten der Heimreise sowie eventuell mögliche Unterstützungen in den Herkunftsländern)

Empowerment – die „Hilfe zur Selbsthilfe“ – liegt allen oben angeführten Beratungsinhalten zugrunde. Eine Beratungsstelle für bettelnde ArmutsmigrantInnen muss, damit sie auch als solche angenommen wird, zentral gelegen sein, bevorzugterweise in der Innenstadt oder in Bahnhofsnähe situiert sein. Jedenfalls muss sie in der Nähe der Orte liegen, wo sich diese Personen normalerweise aufhalten. Um effiziente Beratung anbieten zu können, sollte die Beratungs-

stelle zumindest über 2 Beratungsräume verfügen, damit diversifizierte Beratung angeboten werden kann. Denn die Beratungsinhalte für Männer und Frauen sind ebenso unterschiedlich wie diejenigen von beispielsweise Alleinstehenden und Familienverbänden, Roma und Nicht-Roma, Arbeits- und ArmutsmigrantInnen. Ergänzt werden sollte das Angebot durch einen Aufenthaltsraum mit Mindestangebot an basaler Versorgung, der Möglichkeit der Körperhygiene, Ausgabe von Essen und Getränken sowie frischer Kleidung. Denn: Wer hat ein offenes Ohr für Ratschläge, wenn Hunger und Durst im Vordergrund stehen?

Wichtig ist, dass die Beratung in den jeweils erforderlichen Sprachen angeboten werden kann, derzeit wären dies jedenfalls Rumänisch, Slowakisch, Ungarisch, Bulgarisch und Romanes. Muttersprachliche Berater und Beraterinnen bzw. das Beiziehen von Dolmetschern und DolmetscherInnen sollen dieses mehrsprachige Beratungsangebot sicherstellen. Wie weit die Beratung in den unterschiedlichen Sprachen schwerpunktmäßig auf unterschiedliche Wochentage verteilt werden soll und wie weit eventuell auch eigene Beratungstage für Männer, für Frauen bzw. Frauen in Begleitung von minderjährigen Kindern angeboten werden sollen, kann erst entschieden werden, wenn erste Erfahrungen mit diesem Beratungsangebot gemacht worden sind.

**Dr.<sup>in</sup> Edda Böhm-Ingram**, Bereichsleiterin für Soziale Arbeit der Caritas Salzburg, Einrichtungen für „Menschen in Not“ und AsylwerberInnen.



**Desirée Summerer**, Mitarbeiterin des Friedensbüro Salzburg

## Informationstreffen für BettelmigrantInnen

Von Desirée Summerer.

Das Thema Betteln brennt in Salzburg aktuell wie noch nie. Immer mehr Personen – privat und aus den unterschiedlichsten Organisationen – tun sich zusammen und machen sich auf, das Problem differenziert zu analysieren und tiefer gehende Handlungsoptionen für die Zielgruppe „BettelmigrantInnen“ zu erarbeiten. Motivation dazu bieten die oft einseitige Medienberichterstattung, die Verbreitung von Mythen und Hetzkampagnen auf unterschiedlichsten Ebenen und das Ausbleiben angemessener Handlungskonsequenzen für die Stadt Salzburg durch politische EntscheidungsträgerInnen auf Fakten, wie sie beispielsweise die Studie aus 2013 von *Helix Salzburg* bieten. Daneben steht der persönliche Anstoß, sich diesem berührenden und zugegeben auch unangenehmen Thema anzunehmen, beziehungsweise die Realität anzuerkennen, dass es sich bei Bettelnden, egal welcher Herkunft, zuallererst um Personen in einer akuten Notlage handelt und nicht um Kriminelle.

### Wie geht es dir?

Eine in den meisten Fällen simple Frage; Jede und jeder stellt sie oft mehrmals am Tag. Gerne dient sie auch als Einstieg für die unterschiedlichsten Gespräche. Was diese im Grunde sehr persönliche Anrede mit sich bringt, ist nicht immer dasselbe Interesse am Gegenüber, aber doch immer ein Wahrnehmen. Ein Raum-Geben und In-Kontakt-Treten. Nun gibt es verschiedene Barrieren, die diese Kontaktaufnahme wesentlich beeinträchtigen können. Begegnung mit BettelmigrantInnen treten gleich eine Vielzahl davon auf. Schon die unterschiedliche Sprache erschwert die Kommunikation ungemein, aber darüber hinaus gibt es auch noch viel subtilere Faktoren, wie etwa Unsicherheiten, die durch konstruierte Bilder in Verbindung mit fehlendem persönlichen Erfahrungsschatz entstanden sind. Zudem begegnen sich Bettelnde und Angebettelte nicht auf einer Augenhöhe, was auf der Straße auch physisch statuiert wird, etwa am Bild der kni-

eenden und der passierenden Person. Eine Gruppe von Menschen aus dem Raum Salzburg will nun dem Wunsch nach Kontakt auf einer ausgeglicheneren Ebene nachgehen und hat sich dazu am Beispiel der Rechtshilfetreffen der Bettellobby in Wien orientiert und für April ein Treffen für Bettelnde organisiert. Dieses Treffen lädt alle BettelmigrantInnen ein, in einem festlichen Rahmen für einen Abend Gast zu sein. Dabei werden rechtliche Informationen rund um das Thema „Betteln in Salzburg“ in den Muttersprachen der Gäste vermittelt und zum gemeinsamen Abendessen eingeladen. Im Zentrum steht jedoch die eingangs gestellte Frage als Motivation: Wie geht es den Bettelnden, die nicht aus Österreich sind, in dieser Stadt? Das Informationstreffen soll Gelegenheit bieten, mithilfe von ÜbersetzerInnen mit Sprachkenntnissen in Bulgarisch, Ungarisch, Slowakisch, Rumänisch und Romanes vor Ort genau darüber miteinander zu sprechen. Wesentlich bleibt

auch das Raum-Geben oder besser noch das Raum-Lassen: Für Bedürfnisse und Wünsche, die nicht von den InitiatorInnen kommen, sondern von den Gästen selber. Genauso bedeutend ist es auch, diesen Raum offen zu lassen, für den Austausch der Bettelnden untereinander in diesem geschützten Rahmen.

Wie das Treffen abläuft und ob noch weitere folgen ist offen und hängt maßgeblich von den Interessen der Gäste ab. Die Gruppe, die das Treffen organisiert, hofft jedoch auf eine Fortsetzung, auf eine Kontinuität des Austausches und Dialogs und eine persönliche Annäherung auf allen Seiten.

**Mag.<sup>a</sup> Desirée Summerer**, studierte Soziologie und Kommunikationswissenschaft mit den Schwerpunkten Zivilgesellschaft sowie Gender und Entwicklung; mitverantwortlich für die Tagungsplanung zu „Betteln. Eine Herausforderung“.



FOTOS: JOACHIM BERGAUER



**EINE SOLIDARISCHE  
GESELLSCHAFT  
FREIER MENSCHEN  
IN EINER INTAKTEN UMWELT  
DAS IST UNSERE VISION**  
GRUNDSATZPROGRAMM DER GRÜNEN, PRÄAMBEL

**DIE GRÜNEN**  
SALZBURG.GRÜNE.AT

BEZAHLTE ANZEIGE



spö  
landtagsklub  
salzburg schaut nach vorn!

*Krisenzeiten brauchen Solidarität.*

**Damit Friedenstauben  
keine Federn lassen!**

Friedenstauben fliegen auf Harmonie und Gerechtigkeit.  
Auch wir suchen immer nach fairen Konfliktlösungen.  
**Damit Solidarität und Toleranz in unserer Gesellschaft keine Federn lassen!**

salzburg.spoe.at **SPÖ**

BEZAHLTE ANZEIGE



## LEHRGANG

### KONFLIKTE OFFEN UND DIREKT AUSTRAGEN

Im Umgang mit Konflikten sind, je nach Kontext, verschiedene Fähigkeiten gefordert. Ist in einer Situation Deeskalation erforderlich, kann in anderen Zusammenhängen offene Konfliktbereitschaft, deutliche Haltung und klare Mitteilung erforderlich sein, weil nur eine offener Austausch über Interessen und Bedürfnisse letztlich eine für beide Seiten profitable Lösung ermöglicht. Immer wieder kommen wir aber in Situationen, in denen uns genau diese Offenheit und Klarheit Schwierigkeiten bereitet - sei es in der Teamarbeit oder in der Arbeit mit KlientInnen/KundInnen.

In den zwei Modulen greifen Theorie, Selbstreflexion und praktisches Üben ineinander. So wird eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglicht.

**Modul 1: Mittwoch bis Donnerstag, 08./09. Oktober 2014**  
**Modul 2: Dienstag bis Donnerstag, 21. bis 23. Oktober 2014**

**Zielgruppen:** Alle in der psycho-sozialen Beratung Tätige, Personen in Leitungsfunktionen und MitarbeiterInnen

**Trainer:** Holger Specht, inmedio – Institut für Mediation, Beratung, Entwicklung, Berlin/Frankfurt a.M.

**Seminarort:** Kultur- und Seminarzentrum Schloss Goldegg

**Teilnahmegebühr:** 410 Euro (beinhaltet Teilnahme an den drei Modulen und Seminarunterlagen)

**Anmeldung:** Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt. Anmeldungen an: Friedensbüro Salzburg | Desirée Summerer | Tel.: 0043-(0)662-873931 | summerer@friedensbuero.at

*Dieser Lehrgang ist ein Projekt des **Friedensbüro Salzburg** in Kooperation mit **inmedio – Institut für Mediation, Beratung, Entwicklung (Berlin/Frankfurt a.M.)***

*Mit Unterstützung von: Kultur- und Seminarzentrum Schloss Goldegg, Plattform gegen die Gewalt in der Familie / BM für Wirtschaft, Familie und Jugend.*

## RUNDGANG

### DENKmal anders!

**Kritischer Stadtrundgang: DENKmal anders! Auf den Spuren der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in der Stadt Salzburg | 09.05.2014 | 14.30 - 16.00 Uhr | Treffpunkt: Salzburg Museum, Neue Residenz, Mozartplatz 1, 5020 Salzburg**

Das Salzburg Museum und das Friedensbüro Salzburg laden ein zu einem Spaziergang der etwas anderen Art: Gemeinsam begeben sich die TeilnehmerInnen auf die Spuren der unterschiedlichen Formen des Gedenkens und der Denkmäler in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in der Stadt Salzburg. Was heißt "Gedenken" überhaupt? Welche Formen können Denkmäler – kann die Erinnerung – annehmen? Und warum betrifft uns das in unserer heutigen Gegenwart überhaupt noch?

Ein Spaziergang durch die Stadt – man beobachtet im Vorbeigehen andere Menschen, bleibt zwischen durch an gewohnten, aber auch neuen Orten und Plätzen stehen. Man genießt das Vertraute, entdeckt das Ungewohnte und bisher nicht Wahrgenommene.

Hinweis: Der Rundgang findet bei jeder Witterung statt. Bitte sorgen Sie für entsprechende Kleidung (Regenschutz) sowie bequemes Schuhwerk.

**ANMELDUNG WIRD ERBETEN!**

**Anmeldung** unter 0662 620808-722 oder museumspaedagogik@salzburgmuseum.at

**Zielgruppe:** Jugendliche ab der 6. Schulstufe und Erwachsene

**Preis:** € 4,00 pro Person

**Referentin:** Kathrin Quatember

*Ein Projekt von: **Salzburg Museum** und **Friedensbüro Salzburg***



**Kranich-Abo:**

4 Ausgaben um 12 Euro

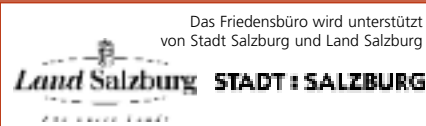
**Mitgliedschaft im Friedensbüro:**

Mitglied: 25 Euro

Fördermitglied: 50 Euro

StudentIn, Zivi, Wehrdiener: 15 Euro

**Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.**



Wir danken für die Unterstützung:



Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:



WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

**OFFENLEGUNG**

It. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der **Kranich** ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins »Friedensbüro Salzburg«.



**Impressum:**

Kranich 2/14, Friedensbüro Salzburg,  
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

[www.friedensbuero.at](http://www.friedensbuero.at)

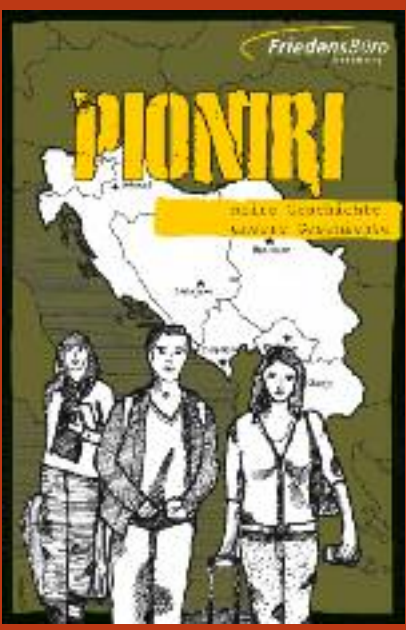
**Fachreader „Wir passen zusammen“**

**FACHREADER „WIR PASSEN ZUSAMMEN“  
GRATIS DOWNLOAD [www.friedensbuero.at](http://www.friedensbuero.at)**

Zur Rolle von Gemeinschaften und Beziehungsformen im Leben von Jugendlichen

Wien ■ Bb. Neustadt ■ Salzburg Linz ■ Herausgegeben von: ZEFU ■ FBU ■ Friedensbüro  
Klagenfurt ■ Innsbruck ■ Graz ■ Salzburg ■ FÖÖE ■ Mädchenzentrum Klagenfurt  
Bregenz ■ 2013 ■ MAPALDA ■ maia ■ SOG-THEATER

DVD PIONIRI | MEINE GESCHICHTE, UNSERE GESCHICHTE | Bestellung unter [office@friedensbuero.at](mailto:office@friedensbuero.at) oder unter 0662 873931



**TAGUNG**  
**vom 12. bis 14. Mai 2014**

# BETTELN. EINE HERAUSFORDERUNG

Betteln als soziales Phänomen polarisiert - im internationalen Kontext genauso wie innerhalb einer Kommune. Zusätzlich verursacht es aber auch innere Konflikte und ambivalente Gefühle bei jeder und jedem Einzelnen. Bettelnde zeigen die Ungleichheiten unserer Gesellschaft in einer Deutlichkeit auf, der wir uns nicht entziehen aber auch nicht jederzeit offen stellen können oder wollen. Manchmal stören wir uns an dem ungnädigen Bild, das BettlerInnen uns auf der Straße zeigen, gelegentlich ärgern wir uns, fühlen uns verunsichert oder sind beschämt. Die teilweise stark polarisierende öffentliche Diskussion über diese Problematik offenbart die Notwendigkeit, sich tiefer und ganzheitlicher damit auseinander zu setzen. Mit der Tagung "Betteln. Eine Herausforderung" wollen wir einen Bogen über die vielen Ebenen dieses Phänomens spannen.

**Weitere Infos und komplettes Tagungsprogramm unter [www.friedensbuero.at](http://www.friedensbuero.at) | 0662 873931 | [summerer@friedensbuero.at](mailto:summerer@friedensbuero.at)**

**Tagungsort und Anmeldung:** St. Virgil Salzburg | Bildungs- und Konferenzzentrum, Seminarhotel | Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg | Telefon: +43 (0)662 65901-514  
Anmeldung online: [www.virgil.at/betteln](http://www.virgil.at/betteln) | Email: [anmeldung@virgil.at](mailto:anmeldung@virgil.at) | [www.virgil.at](http://www.virgil.at)  
**Veranstaltungsnummer:** 14-0432  
**Tagungsbeitrag:** 79 €  
**Ermäßigter Beitrag:** 49 €  
**Nächtigung in St. Virgil Salzburg:** EZ N/F: 45 € | DZ N/F: 34 € /Person  
**Mittagessen (Buffet):** 10,80 €  
**Abendessen:** 9,10 €

**Eine Tagung von:** Friedensbüro Salzburg und St. Virgil Salzburg  
**Mitveranstalter und Unterstützer:** Runder Tisch Menschenrechte, Stadt Salzburg, Land Salzburg, Altstadt-Marketing Salzburg, Kath. Aktion Salzburg, Diakonie in Salzburg, Caritas Salzburg, Universität Salzburg, Fachhochschule Soziale Arbeit Salzburg, ÖH, Österreichische HochschülerInnenenschaft Salzburg, Pädagogische Hochschule Salzburg, Literaturhaus Salzburg, ÖGB Salzburg, Ökumenisches Referat, Erzdiözese Salzburg, Vinzigeinschaft Salzburg, Landtagsklub der Grünen, Landtagsklub der SPÖ, Renner Institut Salzburg, Plattform für Menschenrechte, Evangelische Diözese A.B. Salzburg und Tirol, Apropos, Straßenzeitung für Salzburg, Helix Salzburg ifz, internationales forschungszentrum für soziale und ethische fragen, Salzburger Armutskonferenz, Zentrum für Ethik und Armutsforschung der Universität Salzburg, Verein Ketani, Arbeitskreis Interreligiöser Dialog, ARGEkultur Salzburg, Bettelobby Tirol, Bettelobby Linz, Ökumenischer Arbeitskreis Salzburg, Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen, Verein Phurdo, Verein Viele, Verein Xenos Graz

[www.facebook.com/friedensbuero](http://www.facebook.com/friedensbuero)

FriedensbüroSalzburg

